

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

August 2019

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



Pragmatismus statt populistischer Rhetorik

SPD-Mittelstandsbeauftragter Harald Christ für Koalitionen mit FDP –
Harte Kritik an „industriefeindlichen Bündnisgrünen“



BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen

Allianz 

Volksparteien auf der Rutschbahn

von **Friedhelm Ost**

Wer nicht handelt, der wird behandelt. Das müssen auch die einst großen Volksparteien spüren. Das Pflichtenheft der Großen Koalition, die aus der Not geboren wurde, ist umfangreich. Die Menschen im Lande erwarten, dass die wichtigen Projekte zügig entschieden und realisiert werden.

Warten auf Godot

Doch das ist wie das Warten auf Godot. Was ist alles schon von der Bundeskanzlerin zur Chefsache erklärt worden? Die Zahl der Spezialkabinette – von Digital bis Klima – wird immer größer. Daneben werden von der Bundesregierung Fachkreise und Spezialgruppen installiert. Ob im Bundestag, ob auf anderen öffentlichen Bühnen, in Talkshows und Interviews werden die brennenden Themen vorwärts und rückwärts durchgehechelt. Und von der Bundeskanzlerin, ihren Regierungsmitgliedern und Führungskräften aus den Koalitionen wird landauf, landab wie mit der tibetischen Gebetsmühle immer auf's Neue wiederholt: Wir müssen dies und das angehen, lösen, endlich umsetzen, entscheiden und realisieren. Doch dann gilt: Es muss etwas geschehen, aber es darf nichts passieren. Es wird vertagt und verschoben, verzögert und vergessen.

Die Hütte brennt!

Längst hätten die Politiker aus der Union und der SPD registrieren können, dass die Hütte brennt. Die Wähler laufen den Parteien der GroKo in Scharen davon – zu den Grünen und zur AfD, die alles Mögliche versprechen können, weil sie zumindest bundespolitisch nicht in Regierungsverantwortung sind. Habeck und Baerbock geben sich gefällig und zum Teil philosophisch, konkrete und machbare Lösungen für die Probleme der Gegenwart und der Zukunft unserer Republik und der Welt bieten sie kaum an. Ein feines Gespür für den Zeitgeist und sensible Antennen für die Wünsche der Jugend sind ihnen nicht abzusprechen.

Im rechten politischen Spektrum wirken die Repräsentanten der AfD. Sie preisen den rückwärtsgewandten Nationalismus, machen Front gegen Migranten, spielen sich als Advokaten derjenigen auf, die hierzulande zu kurz gekommen und von den

etablierten Parteien sich nicht mehr vertreten fühlen. Gauland und seine Parteigenossen ziehen mit der Parole „Germany first“ durch's Revier und machen insbesondere in den Neuen Bundesländern allzu fette Beute. Dabei profitieren sie von einer weit verbreiteten Verdrossenheit gegenüber der CDU und SPD, denen sie Bürgerferne vorwerfen und kaum noch Verständnis für die sogenannten „kleinen Leute“ attestieren.



Friedhelm Ost

leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.

Die Erosion von SPD und Union

Die SPD wurde in den letzten zwei Jahrzehnten zwischen den Grünen und der PDS zerrieben. Mit bundesweit gerade noch 15 % ist die einst so große und starke Volkspartei auf ein Tief gesunken, das möglicherweise noch nicht den Endpunkt dieser politischen Talfahrt markiert. In einigen Bundesländern rangiert die SPD mit eben noch rund 10 % an vierter Stelle. Der rasche Wechsel des Führungspersonals hat bis-

lang keine Wende zum Besseren gebracht – eher im Gegenteil. Die Versuche, sich mit einer Respektrente ohne Bedürftigkeitsprüfung, der Forderung nach höheren Mindestlöhnen und Lehrlingsvergütungen sowie mit neuen Regulierungen besser zu positionieren, um im linken Politikspektrum zu punkten, entpuppen sich als sozialpopulistische Rohrkrepierer. Potenzielle Wählerschichten brechen weiter weg, ganz gleich ob Andrea Nahles an der SPD-Spitze bleibt oder auch nicht.

Der CDU droht ein ähnliches Schicksal wie den Genossen. Der Wechsel im Parteivorsitz schien zunächst mit Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) gelungen zu sein. Ihre Vorgängerin und Protagonistin Angela Merkel konzentriert sich voll und ganz auf das Kanzleramt und betreibt wie einst Helmut Kohl Politik im Präsidialstil. Die Untiefen der Parteipolitik hat sie verlassen, sie schwebt von Gipfel zu Gipfel, konferiert mit Staatspräsidenten und Premiers oder hält eine Rede vor Absolventen der Elite-Universität Harvard in den USA, ohne allerdings den Präsidenten Donald Trump im Weißen Haus zu treffen.

Auftaktniederlagen für AKK

Der Erste Härte-test für AKK fand am 26. Mai mit den Wahlen zum Europa-Parlament, in Bremen und in den Kommunen einiger Bundesländer statt. In der Hansestadt an der Weser gab es einen zarten Lichtblick für die CDU. Das war's aber auch schon, denn die anderen Ergebnisse fielen desaströs aus.

Die Liste der Fehler, die von der CDU-Parteiführung in der Organisation und Kommunikation gemacht wurden, ist lang genug. Die Parteivorsitzende und ihr Generalsekretär müssen dafür die Verantwortung tragen. Denn sie gebärdeten sich geradezu hilflos, als Rezo mit seinem Gemisch aus Polemik, Halbwahrheiten und Attacken im Internet agierte. Noch blamabler war dann die in der Wahl-Nachbetrachtung gemachte Bemerkung zur Regulierung der Meinungsfreiheit; das war ein Schuss ins eigene Knie. Der Newsroom, den die Partei und auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingerichtet haben, fungierte ohnehin vor und nach den Wahlen eher als Blackbox. Nicht einmal die wichtigsten und damit aktuellsten Themen wurden an die Wähler adressiert – weder digital noch analog. ▶

Merz tritt nach

Friedrich Merz, im Wettbewerb um den Parteivorsitz zweiter Sieger hinter AKK, wusste es Tage nach dem Wahlsonntag genau: Der Klimaschutz ist von der CDU nicht beherrzt genug propagiert worden. Zuvor war von diesem Spätzünder dazu auch nichts zu vernehmen. Dabei hätten sich die klugen Köpfe in der Parteizentrale lange zuvor denken können, dass nach den Jugenddemos „Fridays for Future“, den heftigen Auseinandersetzungen um die Braunkohle, den Betrugereien der Autohersteller mit der Schummel-Software und angesichts der heißen Diskussionen über die CO₂-Steuer das Thema Umwelt- und Klimaschutz eine hohe Priorität hat. Zudem sind die ökologischen Probleme nicht allein national sondern nur europäisch und global zu lösen.

Klima als Schicksalsaufgabe

Die CDU, die vor mehr als zwei Jahrzehnten mit der Verpflichtung „Die Schöpfung bewahren“ angetreten war, die mit der von Angela Merkel verkündeten Energiewende nur noch auf sanfte Energie setzen wollte, die den Strompreis auf Weltspitzenniveau trieb und bei den Verbrauchern Jahr für Jahr 30 Mrd. € und mehr als EEG-Abgabe und Energiesteuern abkassiert, stand kopf- und konzeptionslos da. Die herbe Quittung dafür wurde ihr von den Wählern – insbesondere von den jüngeren! – beschert, die auf Grün setzen.

Nur drei Tage nach der Wahlschlappe tagte in Berlin das Klimakabinett. Wenn schon die Klimaziele für 2020 grandios verfehlt werden, sollen diese international verbindlichen Ziele bis zum Jahre 2030 erreicht werden.

Was indessen die im Klimakabinett vertretenen Regierungsmitglieder dafür vorge-

schlagen haben, wird dafür gewiss nicht ausreichen. Ob im Verkehr oder in Gebäuden, ob in der Landwirtschaft oder im Energiesektor – die vorgelegten Maßnahmen erstrecken sich auf Steuern, Subventionen, Gebote und Verbote und weitere Regulierungen. Der Wirrwarr beim Umwelt- und Klimaschutz bewegt sich auf ein höheres Niveau, doch ein stringentes und konsistentes Konzept zeichnet sich immer noch nicht ab. Die nächste Sitzung wird im September stattfinden. Unsicher bleibt, ob es dann ein wirklich gutes Kabinettstück geben wird. Die Hochkonjunktur der Grünen dürfte weitergehen, solange die GroKo-Politiker davon reden, dass etwas geschehen muss, aber nicht konsequent handeln. Die Volksparteien von einst könnten so ihre Zukunft verspielen. Auf einer gefährlichen Rutschbahn befinden sie sich längst. ■

Die grüne Linkspartei passt bestens zu den roten Linken

von Dr. Hugo Müller-Vogg

Die Bäume der Grünen wachsen weiter in den Himmel. Jetzt zeigt auch das Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU/CSU und den Grünen an – zwischen einer stark an Zuspruch gewinnenden Öko-Partei und einer vor sich hinschrumpfenden Union. Bei der FGW liegt die Union mit 27 zu 26 Prozent knapp vor den Grünen. INSA hatte kürzlich einen ähnlich kleinen Vorsprung der CDU/CSU ermittelt (26 zu 25). Bei Forsa hatten die Grünen (27 Prozent) dagegen knapp vorn gelegen (27 zu 26). Weit abgeschlagen folgen SPD und AfD mit jeweils 13 Prozent.

Man darf solche Momentaufnahmen nicht überbewerten. Die Grünen profitieren in Umfragen derzeit von ihrem starken Ergebnis bei der Europawahl, wo sie mit 20,5 Prozent ihr mit Abstand bestes Ergebnis auf Bundesebene erzielt haben. Wie immer nach Wahlen legt der Wahlsieger in Umfragen zu, weil viele Befragte unbedingt bei den Siegern sein wollen.

Es gibt nur ein Thema: Klima, Klima, Klima

Das Hoch der Grünen ist leicht erklärt. Weil ihr ureigenes Thema „Klimapolitik“ die



Hugo Müller-Vogg war Mitherausgeber der *FAZ*, *Bild*-Kolumnist und ist heute gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *N24* und *Phoenix*

Menschen aktuell mehr bewegt als illegale Zuwanderung, Bildungschancen oder Altersarmut, gewinnen sie an Sympathie und Zustimmung. Das hat weniger damit zu tun,

dass Schüler freitags „streiken“ oder im Internet ein Video auf großen Zuspruch stößt, das wegen der Umweltpolitik die „Zerstörung der CDU“ propagiert – und die der SPD gleich mit. Umwelt ist das zentrale politische Thema, weil die Menschen den heißen, trockenen Sommer des vergangenen Jahres noch gut in Erinnerung haben und wegen der Temperaturen in diesem Frühjahr für die kommenden Monate ähnliches befürchten wie 2018: brütende Hitze, „verbrannte“ Rasenflächen in Parks wie in privaten Gärten, Hitze- und Dürreschäden in den Wäldern, ausgetrocknete Flüsse, Ernteauffälle, gesteigerte Waldbrandgefahr. Das alles schlägt sich auf dem Konto der Grünen nieder, und zwar unabhängig von ihren konkreten Lösungsvorschlägen. Hier zahlt sich eben aus, dass die Grünen seit Jahrzehnten auf „Klima, Klima, Klima“ setzen.

Die Grünen profitieren zugleich von den Fehlern und Schwierigkeiten der einst großen Parteien. Die Sozialdemokraten unterhalten das Publikum seit Jahren mit ihren innerparteilichen Kämpfen und Intrigen. Seit die SPD den unter Gerhard Schröder eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs verlassen hat und ständig versucht,

die Linkspartei links zu überholen, hat die Partei außer ihrer großen Tradition nicht mehr viel zu bieten. Der CDU/CSU wird von den Wählern zwar durchaus die größte Wirtschaftskompetenz zugeschrieben.

Doch das zählt in Zeiten von Vollbeschäftigung in den Augen der Wähler wenig. Zudem hat die CDU sich unter Angela Merkel „modernisiert“ und somit Platz gemacht für eine Partei rechts von ihr. Vorteil Grün: Die Partei muss nicht liefern.

Neben CDU/CSU und SPD wirken die Grünen plötzlich frisch und unverbraucht. Da sie seit 14 Jahren im Bund nicht mehr regieren, genießen sie den Status, alles versprechen zu können und nichts liefern zu müssen. Da zudem das politische Gedächtnis der meisten Menschen sehr kurz ist, erinnert sich bei den lauten Klagen der Grünen über soziale Verwerfungen kaum noch jemand daran, dass Hartz IV ein Gemeinschaftswerk von Rot-Grün war und die „Agenda 2010“ keineswegs von Gerhard Schröder im Alleingang durchgesetzt worden ist. So präsentieren sich die Grünen als politische Kraft, die mit tatsächlichen und vermeintlichen Fehlentwicklungen gar nichts zu tun hat.

Die Grünen stehen für die irrealen Hoffnung, der weltweite Klimawandel ließe sich in Berlin stoppen. Fürs „Kleingedruckte“ interessieren sich die meisten Bürger nicht. Die Grünen haben zurzeit neben dem richtigen Thema auch die passenden Spitzenpolitiker. Gegenüber Robert Habeck und

Annalena Baerbock sieht das politische Personal der Konkurrenz alt aus. Der in jeder Beziehung stets ungekämmt wirkende Habeck verzückt das Publikum mit ebenso wortreichen wie unkonkreten Statements. Daneben gibt die perfekt gestylte Baerbock die durchsetzungsstarke Powerfrau. Wobei beide von den öffentlich-rechtlichen Sendern und einem Teil der Printmedien längst zu Heilsbringern verklärt worden sind. Seit den Zeiten von Willy Brandt sind keine Politiker von den Medien so gehätschelt, gefördert und nahezu kritiklos begleitet worden wie das grüne Paar Habeck-Baerbock.

Die Grünen taten und tun viel, um sich als bürgerliche Partei zu präsentieren. Die harten Flügelkämpfe zwischen „Fundis“ und „Realos“ sind Vergangenheit. In Baden-Württemberg und Hessen regieren sie zusammen mit der CDU. Doch kamen Grün-Schwarz in Stuttgart und Schwarz-Grün in Wiesbaden nur zustande, weil den Grünen angesichts der Schwäche der SPD eine linke Alternative nicht zur Verfügung stand. Denn im Kern sind die Grünen eben kein bürgerlicher Öko-Verein, sondern eine linke Umverteilungs- und Verbotsparterie, garniert mit Gender-Gaga. Der nette Herr Habeck macht aus seiner Vorliebe für Enteignungen, höhere Steuern, der Wiedereinführung der Vermögensteuer und einer Grundsicherung, die den Empfängern frei stellt, ob sie arbeiten wollen oder nicht, keinen Hehl. Doch verpackt er das gerne in verschwurbelte Schachtelsätze, wo dem Ja stets ein

Aber folgt, so dass sich jeder herauslesen kann, was er will.

Die Grünen sind nicht bürgerlich, sondern links

Dass die Grünen keine bürgerliche Partei sind, demonstrieren sie gerade in Bremen. Dort geht sie mit der SPD und der Linkspartei eine Links-Koalition ein. Dass die Grünen vorher mit der CDU Sondierungsgespräche geführt hatten, gehörte in die Abteilung Tarnen und Täuschen. Auf diese Weise poliert man am Image als offene, „coole“ Partei, obwohl den meisten Grünen die DDR-Nostalgiker von der Partei „Die Linke“ lieber sind als die CDU. Bremen ist ja kein Einzelfall. In Berlin und Thüringen regieren die Grünen schon länger mit den beiden roten Parteien, in Erfurt sogar unter einem Ministerpräsidenten der Linkspartei.

In der CDU geben sich viele der Hoffnung hin, nach der nächsten Bundestagswahl – ob 2019, 2020 oder 2021 – könnte es für ein schwarz-grünes Bündnis reichen. Auszuschließen ist das nicht. Sollte rechnerisch aber auch eine Mehrheit von Grünen, SPD und Die Linke möglich sein, würden die Grünen diese Konstellation vorziehen. Bei Grün-Rot-Rot winkte den Grünen nicht nur das Kanzleramt. Grün-Rot-Rot bedeutet auch: Jetzt regiert zusammen, was zusammen gehört. ■

www.hugo-mueller-vogg.de

Erstveröffentlichung: www.tichyseinblick.de

Debeka

Versichern und Bausparen

Zwei starke Partner

Debeka

BVMU



Debeka-Firmenschutz für Unternehmen und Selbstständige

Als Unternehmer oder Selbstständiger drohen Ihnen viele Risiken und Unwägbarkeiten. Schützen Sie Ihr Unternehmen, Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sich selbst und Ihre Angehörigen.

Machen Sie die richtige Absicherung zur Chefsache – mit den passenden Bausteinen der Debeka-Gewerbeversicherungen (Ermäßigte Sondertarife für BDS/BVMU-Mitglieder).

Ihre Ansprechpartner:

Juliane Bräuer
Tim Sölter

Telefon 02303-918217
Debeka@BVMU.de



Ein Multimillionär als Mittelstandsbeauftragter

Harald Christ will das Image der SPD bei den Unternehmern verbessern und seine Partei von ökonomischen Notwendigkeiten überzeugen

Die berufliche Erfolgsleiter von Harald Christ hat viele Sprossen: Vertriebsdirektor der BHW BauSparkasse, Direktor Vertriebssteuerung für die Deutsche Bank²⁴, Vorsitzender des Vorstandes der Hamburger Kapitalanlagegesellschaft HCI Capital, Generalbevollmächtigter der Berliner Weberbank, Vorsitzender des Vorstandes der Postbank Finanzberatung AG und Vorstandsvorsitzender der ERGO Beratung- und Vertriebs AG – um nur einige der hochkarätigen Führungspositionen in deutschen Großunternehmen und Konzernen zu erwähnen.

Sein Vermögen erwarb sich Christ, indem er im Jahr 2005 den Fondsanbieter HCI an die Börse führte und er danach seine Anteile verkaufte.

Vor gut einem Jahr gründete Harald Christ die Beratungsfirma Christ & Company, mit der er anderen Unternehmen bei ihrer Strategie, bei Fusionen, Restrukturierung und Kommunikation unter die Arme greifen will.

Politisch kann Christ auf eine über 30jährige Mitgliedschaft in der SPD verweisen. Zur Bundestagswahl 2009 war er im Schattenkabinett des damaligen SPD-Kandidaten Frank-Walter Steinmeier als Wirtschaftsminister vorgesehen. Christ ist zudem Gründungsmitglied des Wirtschaftsforums der SPD e.V. und seit Juli 2018 Beauftragter der SPD für den Themenbereich „Mittelstandspolitik“. In dieser Funktion soll er ab sofort den Parteivorstand bei programmatischen Grundsatzfragen beraten.

Über seine Vorstellungen einer ökonomisch sinnvollen Mittelstandspolitik sprach Harald Christ mit Anita Schäfer.

? Multimillionär, Frontmann in Großbetrieben und nun SPD-Mittelstandsbeauftragter. Wie passt das zusammen, um sich in die Gefühlswelt eines selbstständigen Handwerksmeisters hineinzuversetzen?

Harald Christ: Was sagt ein Kontoauszug über den Charakter eines Menschen aus und über seinen Sachverstand? Nichts! Ich mache kein Geheimnis daraus, dass ich sozial aufgestiegen bin und heute zu den wenigen privilegierten unserer Gesellschaft gehöre. Der Handwerksmeister möchte, dass die Wirtschaft brummt und er genug zu tun hat. Er will spüren, dass Politik auch für ihn da ist – so wie es übrigens für alle Menschen der Fall sein sollte, die zu Recht eine gute Politik erwarten. Hier bringe ich 30 Jahre Erfahrung im Mittelstand und in Konzernen ein. Daher bin ich gerne ehrenamtlich für die SPD engagiert.

? Mittlerweile zahlen 4,1 Millionen Steuerpflichtige den Spitzensteuersatz. Soll heißen, nicht nur Spitzenverdiener zahlen den Spit-

zensteuersatz, sondern mittlerweile auch diejenigen, die dem soziologischen Mittelstand zugerechnet werden. Das müsste doch für Sie Grund genug sein, das Gespräch mit dem Bundesfinanzminister zu suchen.

Harald Christ: Ich bin ständig im Gespräch mit der Politik in den Ministerien und darüber hinaus – übrigens auch parteiübergreifend. Aber nicht, um über Steuersenkungen zu sprechen, sondern über inhaltliche Themen, die unser Land nach vorne bringen. Wir brauchen Steuereinnahmen – aber auch Investitionen, Innovationen und Wachstum. An einer Steuerrückblick beteilige ich mich aktuell nicht – das wäre viel zu kurz gedacht und populistische Ideenlosigkeit.

? Welche Prioritäten würden Sie als Wirtschaftsminister bei einer Neujustierung der SPD-Mittelstandspolitik setzen?

Harald Christ: Wir müssen unsere Mittelstandspolitik nicht neu justieren, sondern das konsequent fortsetzen und an den ein oder anderen

„Wir brauchen Anreize für den Mittelstand, um dafür zu sorgen, dass er investiert, wächst, in Deutschland bleibt, Steuern zahlt, Arbeitsplätze schafft, die Beschäftigten qualifiziert und weiterbildet.“

Stellen optimieren, was wir unter den Bundeswirtschaftsministern Brigitte Zypries und Sigmar Gabriel auf den Weg gebracht haben. Dieser Weg basiert auch auf den programmatischen Entscheidungen der Partei, wie zum Beispiel dem Regierungsprogramm 2017. Eines ist uns allen klar: Wir brauchen Anreize für den Mittelstand, um dafür zu sorgen, dass er investiert, wächst, in Deutschland bleibt, Steuern zahlt, Arbeitsplätze schafft, die Beschäftigten qualifiziert und weiterbildet. Hierfür müssen wir unter anderem Bürokratie konsequent abbauen. Die Unternehmen müssen aber auch in der Lage sein, auf den globalen Märkten gut aufgestellt zu sein. Es ist deshalb die Aufgabe und die Pflicht der Politik, für gute Rahmenbedingungen zu sorgen. Davon profitieren übrigens auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

? In einem Welt-Interview werben Sie offen für eine sozialliberale Koalition und nicht für Rot-Grün? Wie begründen Sie diese Haltung, die auch diametral zur Mehrheit in Ihrer Partei steht?



© Wirtschaftsforum der SPD e.V./ Marco Urban

Harald Christ: Wenn die SPD wieder einmal regieren will und wir eine weitere Groko ausschließen, bleiben nur Dreier-Bündnisse. Dass ich kein Werber für Grün-Rot-Rot sein kann, liegt doch wohl auf der Hand. Ich stehe zu unserem wirtschaftlichen Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und ihren Erfolgen seit der Gründung der Bundesrepublik. Alle, die das auch so sehen, sind für mich „natürliche Verbündete“. Dazu gehören auch die Liberalen und erst recht die Sozialliberalen, auf keinen Fall die Neoliberalen.

Der heutige globale Kapitalismus, ob durch einzelne Unternehmen oder Staaten, ist ein Feind der Sozialdemokratie und des Liberalismus. Der globale Kapitalismus, wie wir ihn heute erleben, ist dabei, den Wettbewerb einzuschränken und damit auch die Freiheit zu beeinträchtigen.

Natürlich bin ich wegen meiner sozialliberalen, wirtschaftsnahen Ansichten in der SPD nicht immer mehrheitsfähig, das gehört zur realistischen Standortbestimmung. Ich schätze auch die Linken in der Partei, wenn sie einen klaren Standpunkt haben, den sie kompetent vertreten und über den man diskutieren kann.

Mir geht es auch um Koalitionsoptionen für Mehrheiten – die Grü-

„Dass ich kein Werber für Grün-Rot-Rot sein kann, liegt doch wohl auf der Hand. Ich stehe zu unserem wirtschaftlichen Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und ihren Erfolgen.“

nen biedern sich seit langem der CDU an. Letztlich wäre eine starke SPD die bessere Brücke von Grün nach Gelb, weil wir glaubhaft für die Soziale Marktwirtschaft stehen und die Transformation, vor der unsere Wirtschaft und Gesellschaft stehen, in eine gerechte Balance bringen können. Die CDU hat hier wenig zu bieten und wehrt sich zu wenig gegen die Monopole im neuen Kapitalismus. Eine Ampel-Koalition hätte massive Vorteile gegenüber Jamaika. Dafür werbe ich – auch wenn aktuell die SPD in keiner guten Ausgangslage ist. Wir werden sehen.

? Das sieht die SPD-Linke offenbar anders. Mit Blick auf ein Regierungsbündnis von Grünen, SPD und Linkspartei wäre man sogar bereit, einen Grünen-Politiker zum Bundeskanzler zu wählen. Dem Focus sagte Frank Schwabe, Sprecher der SPD- „Denkfabrik“: „Wer stärkste Kraft wird, stellt in jeder Koalition den Regierungschef.“ Ihr Kommentar?

Harald Christ: Wer sagt das, dass die Wählerinnen und Wähler sogar eine Grünen-Bundeskanzlerin oder einen Grünen-Bundeskanzler wählen würden? Umfragen oder die Medien, die das gerne hypen? Jetzt warten wir mal ab. Ich bin zu lange im Geschäft, um alles sofort zu kommentieren. Eine grün-rot-rote Koalition wäre für die SPD ähnlich schwierig wie die GroKo – das kann keiner wollen und das wollen die Menschen in diesem Land mehrheitlich sicher nicht.

? Während Sie auf Liberalität, Wettbewerb und Soziale Marktwirtschaft setzen, sympathisieren Berliner SPD-Politiker mit der Forderung der Linkspartei nach einer Enteignung der großen Wohnungsgesellschaften.

Harald Christ: Enteignen ist nicht die Devise und das richtige Mittel, es geht um den Bau von Wohnungen. Für Enteignungen sieht das Grundgesetz Entschädigungen vor. Das wird teuer. Besser ist es doch, Geld in Neubau von Wohnraum zu investieren. Berlin braucht einen

wohnungswirtschaftlichen Masterplan und beherztere Entscheidungen. Es müssen mehr Wohnungen – im gehobenen Segment ebenso wie normale Mietwohnungen und Sozialwohnungen – gebaut werden. Berlin hat übrigens genug Fläche, um den Mangel an bezahlbarem Wohnraum relativ kurzfristig zu reduzieren. Wir müssen nur unnötige Regulierungen beseitigen und Baugenehmigungsverfahren beschleunigen. Ich sehe die derzeitigen Gesetzesvorhaben sehr kritisch – sie schaden dem Standort enorm und dienen lediglich der Befriedigung populistischer Neiddebatten. Ich stehe klar für bezahlbares Wohnen – nur ist mein Weg dorthin ein anderer.

? Juso-Chef Kevin Kühnert geht sogar noch einen Schritt weiter. Nach seiner Auffassung soll es im Optimalfall auch private Wohnungsvermietungen nicht mehr geben.

Harald Christ: Das ist nicht meine Auffassung und totaler Quatsch. Sonst schätze ich Kevin Kühnert sehr – er bringt Leben in die Debatte, die man ja führen sollte, auch wenn ich oftmals anderer Meinung bin. Aber als Juso-Vorsitzender macht er seinen Job. Ich bin mehr für das Machbare und weniger für das Ideologische.

? Wie gespalten Ihre Partei in der Frage der Kollektivierung zur Überwindung des Kapitalismus ist, zeigen die Reaktionen. Während der Sprecher des Seeheimer Kreises Johannes Kahrs die Frage stellte, was Kühnert wohl geraucht habe, sagte Berlins Innensenator Geisel, dass der Juso-Chef die richtige Frage gestellt habe. Und der Vorsitzende des einflussreichen nordrhein-westfälischen Landesverbandes Sebastian Hartmann sagte dem Spiegel, die Debatte müsse aufgenommen werden, „weil wir ein grundlegend neues Wirtschaftsmodell brauchen“. Ähnlich äußerte sich auch die Bielefelder Bundestagsabgeordnete Wiebke Esdar, als Mitglied des SPD-Bundesvorstandes. Wie äußert sich nun der Mittelstandsbeauftragte der SPD?

Harald Christ: Fragen zur ungleichen Vermögens- und Einkommensverteilung zu stellen, ist legitim und notwendig. Sebastian Hartmann ist ein bodenständiger und vernünftiger SPD-Vorsitzender in NRW. Es ist auch Teil der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, von Wachstum zu sprechen, von dem alle etwas haben. Das ist inklusives Wachstum. Eines ist völlig klar: An den Erfolgen der Wirtschaft müssen alle beteiligt werden – aber ein stärkerer Sozialstaat braucht eine starke Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk. Das sind zwei unterschiedliche Seiten der gleichen Medaille.

? Mit Ihren wirtschaftsnahen Ansichten sind Sie in Ihrer Partei offensichtlich aber nicht mehrheitsfähig. Anders gesagt: Sind Sie der Don Quichotte, der gegen die Windmühlenflügel der SPD kämpft?

Harald Christ: Ich bringe mich gerne ehrenamtlich ein, ohne dass ich was werden will. Außerdem bin ich nicht alleine auf weiter Flur. Im Gegenteil: Sie verkennen die wirtschaftspolitischen Potentiale der SPD und unterschätzen ihre wirtschaftspolitische Kompetenz. Ich bekomme seit Wochen sehr viel Zuspruch aus der Basis der Partei. Ich erinnere an Karl Schiller, Helmut Schmidt, Gerhard Schröder, Peer Steinbrück, Brigitte Zypries und Sigmar Gabriel. Dann gibt es das Wirtschaftsforum der SPD, in der sehr viel wirtschaftspolitische Kompetenz vorhanden ist. Nicht vergessen werden darf hier auch die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD. Dort sind viele mittelständische Unternehmer, Selbstständige und Gewerbetreibende versammelt, die mit Sachverstand und ihrer täglichen Erfahrung viel zur SPD Wirtschaftspolitik beitragen.

? Focus-Chefredakteur Schneider hat Sie einmal so charakterisiert: „Harald Christ ist Sozialdemokrat, Unternehmer und er versteht etwas von der Wirtschaft. Und darum sorgt er sich: um die Rolle Deutschlands in einem immer stärker in Bedrängnis geratenen Europa. Er ist für sichere Außengrenzen, für ge-

steuerte Zuwanderung von Fachkräften und wenn die Politik Versprechen macht, dann appelliert Christ an seine Genossen, dass diese auch finanzierbar sein müssen.“ Was im Einzelnen besorgt Sie, was muss Ihrer Meinung nach getan werden, um Ihren Sorgen zu begegnen? Dies vor allem mit Blick auf das Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament.

Harald Christ: Den Focus-Chefredakteur schätze ich sehr, um es gleich vorwegzusagen. Besorgt macht mich aktuell der starke Zuwachs von rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien. Zum Glück waren die Wahlergebnisse für diese Gruppierungen nicht so gut wie erwartet. Wenn bedacht wird, dass Macrons Partei weniger Stimmen erhielt als Marie Le Pens Partei, muss sehr intensiv überlegt werden, wie dem zu begegnen ist. Sorge bereitet mir auch, dass die wichtige Rolle Europas als Gegengewicht von den USA und China, nicht von allen erkannt und anerkannt wird. Europa hat viel zu verlieren, wenn unsere wirtschaftlichen Anstrengungen nachlassen. Europa muss wirtschaftlich stark sein. Europa ist nach den USA derzeit mit einem Bruttoinlandsprodukt von über 16 Billionen Euro die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Europa hat den größten gemeinsamen Wirtschaftsraum der Welt geschaffen und er-



„Fragen zur ungleichen Vermögens- und Einkommensverteilung zu stellen, ist legitim und notwendig.“

folgreich damit begonnen, eine gemeinsame Währung einzuführen. Europa wurde als Wirtschaftsraum gegründet. Das ist eine Verpflichtung für die Zukunft. Europa ist auch das Projekt der Gemeinsamkeit. Das darf alles nicht in Frage gestellt werden. Hier müssen wir alle gemeinsam viel mehr Überzeugungsarbeit leisten.

? Sie waren in der Finanz- und Vermögensberatung an exponierter Stelle tätig. Der Finanzexperte Frank Walter sieht in der Niedrigzinspolitik und der Geldflut der EZB die Gefahr einer Euro-Währungsreform. Teilen Sie Frank Walters Befürchtungen?

Harald Christ: Solche Mittel sind sicher zeitlich begrenzt sinnvoll, um wirtschaftliche Probleme zu überbrücken sowie mangelnde Nachfrage und zurückhaltende Investitionsbereitschaft zu fördern. Darüber kann immer diskutiert werden. Niedrigzinsen, auch inflationsbereinigt, wirken sich über Jahre und Jahrzehnte für einen Durchschnittsverdiener negativ aus. Die Folgen für Betriebsrenten, Spareinlagen und Lebensversicherungen sind spürbar. Sie sind eine kalte Enteignung der deutschen Sparer zugunsten des Staates oder – wenn man so will – der Preis den wir aktuell für Europa zahlen. Es gibt hier Gewinner und Verlierer. ■



Mit Harald Christ sprach Mag. Anita Schäfer

Rückblick, Ausblick, Perspektiven

Sylvia Pantel: Bericht aus Berlin

Kürzlich wurden erschreckende Zahlen der „Polizeilichen Kriminalstatistik 2018“ zu kindlichen Gewaltopfern vorgestellt. Demnach sind letztes Jahr 136 Kinder gewaltsam zu Tode gekommen. Fast 80 Prozent von ihnen waren zum Zeitpunkt des Todes jünger als sechs Jahre. In 98 Fällen blieb es bei einem Tötungsversuch. Bei den Zahlen zu Misshandlungen ist ein leichter Rückgang von 4.247 auf 4.180 betroffene Kinder zu verzeichnen.

Im Bereich sexuelle Gewalt sind die Delikte des sexuellen Missbrauchs von Kindern nach den §§ 176, 176a und 176b um 6,43 Prozent gestiegen. Insgesamt waren 14.606 Kinder von sexueller Gewalt betroffen. Das sind 40 Fälle pro Tag, von denen wir Kenntnis erlangen.

Die in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Fallzahlen zur Herstellung, zum Besitz und zur Verbreitung des sogenannten kinderpornografischen Materials sind von 6.512 auf 7.449 Fälle gestiegen. Das ist ein Anstieg von 14,39 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Wir müssen unsere Kinder wirksamer vor Gewalt, gerade auch sexueller Gewalt, schützen. Im Februar haben wir als CDU/CSU ein Positionspapier in der Fraktion mit 26 Punkten beschlossen, das bessere Maßnahmen zur Hilfe und Prävention, aber auch härtere Strafen und mehr Befugnisse für die Ermittlungsbehörden beinhaltet. So müssen wir beispielsweise sicherstellen, dass wir das Instrument der Vorratsdatenspeicherung in Zukunft europarechtlich abgesichert wieder nutzen können, um Pädokriminelle im Netz enttarnen zu können. Die Initiative der EU-Justizminister ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ohne die Speicherung der Verbindungsdaten können schwere Ermittlungslücken entstehen, da die IP-Adressen oft die einzige Spur zu den Tätern und Täterinnen sind. Zur Strafverfolgung brauchen Ermittler und Experten dringend die Verbindungsdaten – als Instrument der Aufklärung und Prävention.

Der Mindeststrahrahmen für den Besitz von Kinderpornographie und für sexuellen Missbrauch von Kindern muss erhöht werden – für beides liegt der Mindeststrah-



Sylvia Pantel (CDU) ist direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Düsseldorf-Süd

men derzeit bei drei Monaten. Der Schutz der Schwächsten unserer Gesellschaft, der Kinder, muss in unserer täglichen Arbeit Priorität haben.

Scheindebatte

Im Bundestag wird über die Gesetzentwürfe von Grünen und Linken diskutiert, die beide „Kinderrechte“ in das Grundgesetz aufnehmen wollen. Diese Anträge lehne ich ab, denn sie erhöhen die Bürokratie, ohne für die Kinder Verbesserungen zu schaffen.

Kinder stehen schon heute unter dem Schutz des Grundgesetzes und können sich auf alle Grundrechte berufen, soweit sie dafür mündig sind. Falls Kindern in einem konkreten Fall die Grundrechtsmündigkeit fehlen sollte, sind sie dann aber nicht rechtlos gestellt, sondern können durch ihre Erziehungsberechtigten vertreten werden. In den Fällen, wo Eltern die Rechte ihrer Kinder verletzen, muss der Staat bereits tätig werden. Dafür gibt es eine Vielzahl von Jugendschutzgesetzen.

Mit der besonderen Benennung und Hervorhebung von Kinderrechten würde der direkte Einfluss des Staates in die Familie ausgeweitet. Er würde die Möglichkeiten erhalten, direkt in die Familien hinein zu

regieren und das Elternrecht würde eingeschränkt.

Wenn Kinder eigene Rechte erhalten, stellt sich also die Frage, wer diese Rechte für sie wahrnehmen soll, wenn dies nicht mehr das natürliche Recht der Eltern ist. Bisher waren das die Eltern und nur bei Fehlverhalten hat der Staat das Recht und die Pflicht einzugreifen. Soll nun der Staat generell diese Kinderrechte, die es ja gibt (Menschenrechte), vertreten? Notfalls gegen den Willen der Eltern und ihrer Vorstellungen von Kindererziehung? Dafür müsste unser Staat dann zusätzliche Bürokratie aufbauen, die keinen zusätzlichen Kinderschutz bringt.

Der Staat muss derzeit manchmal eingreifen, nämlich wenn Kinder in ihren Familien vernachlässigt werden. Manchmal müssen sie sogar aus den Familien herausgeholt werden. Hier nimmt der Staat sein Wächteramt wahr, nach klar formulierten Kriterien. Aber was muss er tun, wenn das im Grundgesetz so aufgenommen wird? Es darf kein Keil in die Familie von Seiten des Staates gesetzt werden.

Wenn man Menschen in Gruppen aufteilt und jeder Gruppe bestimmte „Rechte“ zuerkennt, hat das absehbare Konsequenzen. Denn dann kann jede Gruppe fordern, dass sie besondere „Rechte“ erhält, die ins Grundgesetz aufgenommen werden. Wenn Kinder eigene Rechte haben, dann auch Senioren, Mütter oder Behinderte. Man könnte viele Gruppen finden, die die eigenen Rechte für sich beanspruchen – es ist uestlos.

Anstatt die Möglichkeiten von Behörden auszudehnen, sollte man sich lieber darüber klar werden, was es konkret heißt, Kinder zu schützen. Was bedeutet körperliche Unversehrtheit von Kindern? Kommt der Staat seiner Pflicht nach, die zu schützen? Man kann immer wieder beobachten, dass die Jugendämter schon jetzt ihren Auftrag kaum noch erfüllen können, weil sie heillos überlastet sind. Um etwas zum Schutz von Kindern zu tun, sollte man sie finanziell so ausstatten, dass sie ihren aktuellen Auftrag erfüllen können.

Migrationspaket

Im Bundestag wurde über das Migrationspaket abgestimmt – eine Änderung von

sieben Gesetzen -, mit dem wir die Zuwanderung besser steuern.

Wir hatten mehrere Ziele:

Wir wollen, dass abgelehnte Asylbewerber Deutschland schneller wieder verlassen und dass Unternehmer einfacher zu finden, wenn klar ist, dass sie ein Gewinn für unsere Gesellschaft sind. Alle, die vor dem 1. August 2018 eingereist sind, eine Arbeit haben und die Kriterien erfüllen, können bleiben. Aber wer seitdem eingereist ist, wird nach dem neuen Recht behandelt, um keine falschen Anreize zu setzen und Hoffnungen zu wecken.

Das Migrationspaket ist ein großer Erfolg, und wir Parlamentarier haben im Verlauf der Verhandlungen zum ursprünglichen Vorschlag noch massive Verbesserungen erwirkt. Unsere erfolgreichen Änderungsvorschläge waren insgesamt 50 Seiten lang, und für uns waren eben auch die positiven Auswirkungen für Deutschland besonders wichtig.

Asylbewerber müssen jetzt bis zu 18 Monate in den Anker-Zentren bleiben, damit

die Behörden ausreichend Zeit haben, den Asylantrag zu prüfen. Wer zur Ausreise verpflichtet ist und nach Ablauf von 30 Tagen immer noch nicht ausgereist ist, kann ohne Ankündigung in Gewahrsam genommen und abgeschoben werden. Damit reagieren wir auf den Missbrauch und den Versuch, Ausreisepflichtige vor der Abschiebung zu warnen und ihnen die Gelegenheit zum Untertauchen zu verschaffen.

Die Länder erhalten nun die Möglichkeit, Ausreisepflichtige in Justizvollzugsanstalten festzuhalten, wenn die Trennung zu Straftätern gewährleistet ist. Damit die Städte und Ballungszentren entlastet werden und die Gefahr der Entstehung von Parallelgesellschaften verringert wird, kann anerkannten Asylbewerbern jetzt für bis zu drei Jahre ein Wohnsitz zugewiesen werden.

Wer Asyl beantragt, muss an der Identitätsfeststellung mitwirken, denn Asyl gibt es nur für politisch Verfolgte, und die Behörden müssen wissen, wer die Antragsteller sind und ob sie Anspruch auf Asyl haben. Deshalb dürfen auch die, die dabei ih-

re Mithilfe verweigern, mit keinem Entgegenkommen unsererseits rechnen. Wer über seine Identität gelogen hat, darf nicht mit einer Aufenthaltsgenehmigung „be-lohnt“ werden.

Wer auch in Deutschland Asyl beantragt, obwohl er schon in einem anderen Land Asyl beantragt hat, wird keine Bewilligung bekommen. In solchen Fällen werden die Sachleistungen bis zur Ausreise auf ein Minimum reduziert werden können.

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wurde die Duldung von Ausländern, die sich in der Ausbildung befinden oder einer Beschäftigung nachgehen, vereinfacht und die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, erleichtert. Entscheidend für eine Aufenthaltsgenehmigung ist, dass die Einwanderer einen Arbeitsvertrag vorweisen können und ihre Ausbildung als gleichwertig anerkannt wird. Die „Vorrangprüfung“ und die Definition von „Engpassberufen“ sollen wegfallen, können aber bei Bedarf wieder eingeführt werden. ■

Zwischenruf

Klaus-Peter Willsch: Bericht aus Berlin

Es gibt derzeit kein mehr diskutiertes Thema als den Klimaschutz. Mit apokalyptischen Bildern und Visionen werden die Menschen in Angst und Schrecken versetzt. Kaum ist die erste mediale Welle über Unterrichtselbstbefreiungen von Schülern verebht, werden wir durch Vorhersagen eines Dürresommers alarmiert. Dass dies weit jenseits des zuverlässigen Prognosezeitraumes von wenigen Tagen für das zu erwartende Wetter liegt, darf uns dabei nicht irritieren. Schließlich muss das Thema am Kochen gehalten werden, bis die UN-Studie zum Artensterben herauskommt und der Empörungsmotor so neuen (Bio-)Treibstoff bekommt.

Skurrile Blüten

Welch skurrile Blüten das Ganze treibt, wie die Hirne davon vernebelt werden, zeigt der Fall der Regensburger Gymnasiallehrerin Brunschweiler. Sie vertritt einen sogenannten „antinatalistischen Ansatz“, was im Kern bedeutet, die menschliche Fortpflanzung



Klaus-Peter Willsch (CDU) ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg

einzustellen, damit das Klima geschützt wird. So könne der „unaufhaltsame Klima-Kollaps [...] wenigstens verlangsamt werden. Ich fände es schön, wenn es auch in 20 Jahren noch freilebende Großtiere gäbe und Luft und Wasser für alle, die schon da sind“, sagt sie im Interview mit *Brigitte*. Sie lasse sich nicht von „rechten Parteien (...) für ihren Geburtenkrieg einspannen“. Zurecht finden sich nicht nur in den lokalen Zeitungen empörte Kommentare über das SPD-Mitglied Brunschweiler, die mit ihren kruden Theorien durch die Talkshows der Nation tingelt. In ihrem Buch rechnet sie vor: Wer auf ein Kind verzichtet, erspart der Umwelt mehr als 58 Tonnen CO₂-Emissionen im Jahr, wer auf sein Auto verzichtet, nur 2,4.

Individueller Selbstmord oder kollektives Ausscheiden der Spezies Mensch vom Globus als ultimative Errettung der Welt? Dass jemand mit solch abwegigen Vorstellungen Kinder als Lehrerin auf das Leben vorbereiten und ihnen Rüstzeug für den Lebensweg mitgeben kann, ist kaum vorstellbar. ▶

Man kann sich leicht ausmalen, wie von solchen Pädagogen die Kinder verwirrt werden und Schuldkomplexe entwickeln, als vermeintlich verursachende Schuldige an Umweltschäden geradezu psychotisiert werden. So werden kleine Gretas produziert, die dann der Politik empfehlen, in Panik zu verfallen. Der treffende Kommentar von Christian Eckl, Redaktionsleiter des Regensburger Wochenblattes: „Damit wir uns nicht falsch verstehen: Natürlich ist die Überbevölkerung auf der Welt ein Grund für Umweltbelastungen. Viel mehr als die deutschen Autos, auch wenn uns das oft andersrum erzählt wird. Die Armut in Asien und Afrika vermüllt die Meere, nicht der Plastikbeutel aus dem deutschen Supermarkt. Aber als Reaktion Kinder indirekt als unwertes Leben zu bezeichnen, das geht wohl gar nicht.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Linkes Klassenkampfprogramm

Nachdem schon kürzlich der Medienliebhaber Robert Habeck von den Grünen Enteignungen von Wohnungsunternehmen als legitimes Mittel zur Bekämpfung von Wohnungsnot bezeichnet hatte und die sich aktuell „Die Linke“ nennenden Kommunisten das schon immer in ihrem Klassenkampfprogramm hatten, zog jetzt die SPD nach. Der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert macht jetzt das rot-rot-grüne Trio infernal komplett, da-

mit der Bürger schon mal weiß, was mit einer solchen Konstellation auf ihn zukommt. Aus BMW will er am liebsten einen volkseigenen Betrieb machen. Hatten wir schon in Deutschland: Vielleicht erzählt ihm mal jemand aus den neuen Ländern, wie viele Jahre man im Arbeiterparadies auf das DDR-Premiumprodukt „Trabant“ warten musste (im Schnitt 14 Jahre). Privates Eigentum an Wohnungen will er auch gleich mit abschaffen, es sei denn, man bewohnt die Immobilie selbst. Da kann man sehen, dass langes (abschlussloses) Studieren keine Garantie für Erkenntnisfortschritt ist.

Der Berliner Jungsozialist weiß nichts von den Menschen in unserem Land, die zu mehr als der Hälfte, wie bei uns im Rheingau-Taunus, in politischen Gemeinden unter 50.000 Einwohnern leben. Da ist es nicht nur für die Wohnungsversorgung, sondern auch für Altersversorgung wichtig, dass der früher von Kindern genutzte Wohnraum vermietet wird, wenn der Nachwuchs aus dem Haus ist. Der vielfach gehegte Wunsch nach dem Eigenheim wird oft erst durch die Vermietung einer Einliegerwohnung realisierbar. Viele Selbstständige, die der gesetzlichen Rentenversicherung nicht angehören, sorgen durch den Bau von Mietshäusern für ihr Alter vor. Aber die Wirklichkeit hat Ideologen noch nie interessiert. Man könnte dies als verwirrten Zwischenruf aus dem politi-

schen Kindergarten abtun, aber man sollte sich einmal anschauen, wie der Bursche auf SPD-Veranstaltungen gefeiert wird! Leider gab es nur wenige Sozis, die Kühnert deutlich widersprachen.

Bedrohte Freiheit

Also Bürger: aufgepasst! Das Recht auf privates Eigentum wird von der politischen Linken in Deutschland mehr und mehr relativiert, gar in Frage gestellt. Das private Eigentum entspricht dem Erwerbsstreben, das der menschlichen Natur innewohnt; es entspricht dem Austauschwunsch zwischen Menschen. Deshalb ist es wichtig, dass wir es schützen und dass wir nicht nur aus Nützlichkeitsabwägungen oder sogar fast verschämt wie häufig bei der SPD darüber reden, sondern dass wir es aktiv bejahen; denn Eigentum ist die Voraussetzung dafür, dass wir Frieden und Ordnung in der Gesellschaft haben und dass wir unsere natürliche Veranlagung, nach vorne zu streben und unsere Anlagen zu entwickeln, entfalten können. Wer glaubte, nach dem Scheitern des Sozialismus in Deutschland und dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks vor 30 Jahren in ganz Europa sei die Systemfrage endgültig beantwortet, sieht sich getäuscht: Freiheit ist ständig bedroht und muss täglich neu erkämpft werden! ■

Der Verkauf im Onlinegeschäft boomt

Daher ist das Vermarkten und Verkaufen Ihrer Produkte im Internet unumgänglich. Durch das richtige Gesamtkonzept, passend zum Unternehmen, können Ihre Ansprüche und Bedürfnisse in einem Online-Shop abgedeckt werden.

Auch ein maßgeschneidertes Warenwirtschaftssystem, kann die Produktivität Ihrer Firma steigern. Dies alles natürlich mit Kunden- und Anwenderfreundlichkeit kombiniert.

So steht Ihrem Erfolg nichts im Wege!
Ihr K6-Team

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



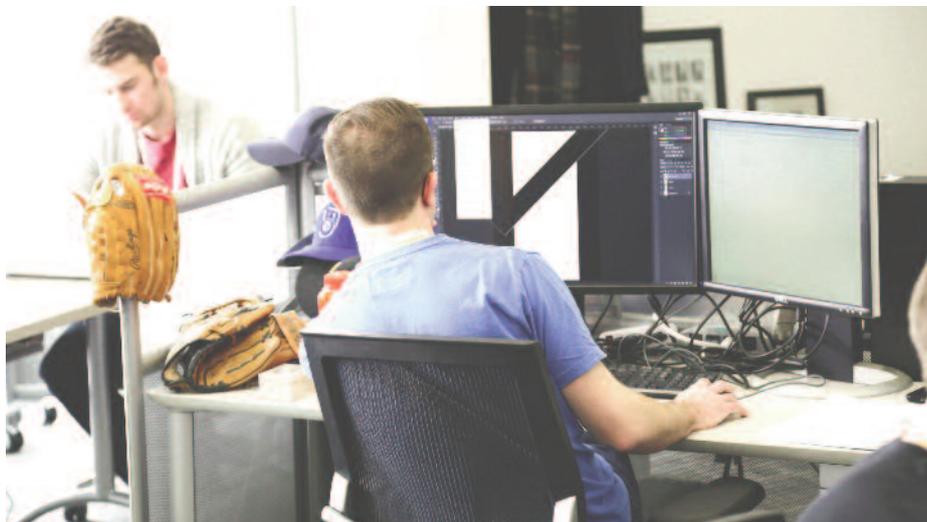
☎ (0231) 2265789
 📞 (0231) 2265788
 ✉ info@k6-medien.de



Grafikdesign | Webdesign | Softwarelösungen | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Seit über 30 Jahren erfolgreich tätig!



Die Förderungsgesellschaft des BDS - DGV mbH ist im Auftrag des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle als Leitstelle tätig und prüft Anträge zur Bezuschussung von Unternehmensberatungen.

Unsere Gesellschaft wickelt zirka ein Drittel des gesamten Antragsvolumens ab.

Neutralität und Unabhängigkeit unserer Tätigkeit sowie die branchenübergreifende und bundesweite Zuständigkeit sichern ein umfassendes Know-how nicht nur bei der Antragsbearbeitung, sondern auch bei der Informationsgewährung. Qualifizierte Informationen zum Förderprogramm, Kundenorientierung sowie kurze Bearbeitungszeiten zeichnen unsere Tätigkeit aus.

Die Maßnahmen werden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert.

Förderungsgesellschaft des BDS - DGV mbH für die gewerbliche Wirtschaft und Freie Berufe
 August-Bier-Str. 18 • 53129 Bonn
 Telefon: (02 28) 21 00 33 und 21 00 34, Telefax: (02 28) 21 18 24
 E-Mail: info@foerder-bds.de, Internet: www.foerder-bds.de

Gefördert durch:



Tipps für die tägliche Betriebspraxis

Für das Gespräch mit Ihrem Steuerberater

Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer

Ein Steuerpflichtiger machte geltend, die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer führe, da die so geminderte Einkommensteuer wiederum Bemessungsgrundlage des Solidaritätszuschlags sei, zu einer Begünstigung von Gewerbetreibenden und einer nicht gerechtfertigten Benachteiligung aller anderen Steuerpflichtigen beim Solidaritätszuschlag.

Der Bundesfinanzhof führte hierzu folgendes aus: Beim Solidaritätszuschlag sind Steuerpflichtige, die Gewerbesteuer zu zahlen haben, begünstigt. Dies ist jedoch abhängig vom jeweiligen Gewerbesteuerhebesatz. Beträgt dieser weniger als 400,9 %, ist der Steuerpflichtige begünstigt. Bei Hebesätzen darüber ist es umgekehrt.

Diese partielle Begünstigung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb ist jedoch nicht verfassungswidrig. Die Rechtfertigung liegt in der Gesamtschau von Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer und hängt davon ab, ob die partielle Überkompensation der Gewerbesteuer den Geboten der Leistungsfähigkeit und der Folgerichtigkeit entspricht.

Der Gesetzgeber bezweckte bei einem bundesweit durchschnittlichen Hebesatz von 400 % mit der tatsächlich zu zahlenden Gewerbesteuer des Unternehmens als Höchstbetrag eine vollständige Entlastung von der Gewerbesteuer. Die Anrechnung schließt eine Überkompensation im Rahmen der Einkommensteuer gesetzlich aus. Die mittelbare Überkompensation ist auf Hebesätze unter 400,9 % beschränkt. Der (geringfügigen) Gesamtentlastung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb in dieser Hebesatzzone steht eine bei höheren Hebesätzen ganz erhebliche Mehrbelastung dieser Einkünfte gegenüber.

Keine Pflicht zur Bildung eines Rechnungsabgrenzungspostens für unwesentliche Beträge

Rechnungsabgrenzungsposten dienen der periodengerechten Gewinnermittlung. Immer dann, wenn ein Aufwand/Ertrag und die damit verbundene Ausgabe/Einnahme in unterschiedliche Abrechnungszeiträume fallen, ist eine Rechnungsabgrenzung erforderlich.

Folgende vier Abgrenzungsfälle sind zu unterscheiden:

- Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.
- Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.
- Ausgaben nach dem Abschlussstichtag, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit vor diesem Tag darstellen.
- Einnahmen nach dem Abschlussstichtag, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit vor diesem Tag darstellen.

Nach Auffassung des Finanzgerichts Baden-Württemberg kann in Fällen von geringer Bedeutung auf den Ansatz eines Rechnungsabgrenzungspostens verzichtet werden. Das gilt insbesondere, wenn wegen der Geringfügigkeit der in Betracht kommenden Beträge eine Beeinträchtigung des Einblicks in die Vermögens- und Ertragslage nicht zu befürchten ist. Die Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter (derzeit netto 800 €) ist Maßstab für die Frage, ob ein Fall von geringer Bedeutung vorliegt.

Retrograde Ermittlung der Teilwertabschreibung auf den Wertansatz fertiger Erzeugnisse und Waren

Eine Gesellschaft mit dem Unternehmensgegenstand An- und Verkauf von Saisonwaren hatte bei der Bewertung des Vorratsvermögens retrograd ermittelte Teilwertabschreibungen auf der Grundlage durchschnittlicher Branchenwerte vorgenommen. Zusätzlich wurden die individuellen, durch die Lagerwirtschaft verursachten Kosten berücksichtigt. Daraus errechnete die Gesellschaft Abschläge auf die Saisonwaren von ca. 40 %. Das Finanzamt beanstandete die Höhe dieser Teilwertabschreibungen.

Das Finanzgericht Münster entschied, dass bei der Ermittlung einer Teilwertabschreibung auf den Wertansatz fertiger Erzeugnisse und Waren nach der retrograden, am Absatzmarkt orientierten Berechnungsmethode Besonderheiten zu beachten sind. Demnach kann die Ermittlung des „Soll-Rohertrags“ nicht auf der Grundlage eines durchschnittlichen Branchenwerts ermittelt werden. Vielmehr ist hierfür auf die betrieblichen Kennzahlen in den Jahresabschlüssen abzustellen. Selbstkosten, wie z. B. lagerzeitabhängige Kosten, sind bei der Ermittlung der Teilwertabschläge zu berücksichtigen.

Erweiterte Gewerbesteuerkürzung bei nur mittelbarer Verwaltung von Grundbesitz über Beteiligung an einer Grundstücksgesellschaft

Unterliegt eine grundstücksverwaltende Gesellschaft nur kraft ihrer Rechtsform der Gewerbesteuer, kann sie die erweiterte Kürzung bei der Gewerbesteuer auch dann in Anspruch nehmen, wenn sie an einer rein grundstücksverwaltenden, nicht gewerblich geprägten Personengesellschaft beteiligt ist.

Eine GmbH & Co. KG hatte die Entwicklung und Verwaltung eigenen Immobilienvermögens sowie das Halten von Beteiligungen an Immobiliengesellschaften zum Unternehmensgegenstand. Ihre Erträge bezog die Gesellschaft überwiegend aus der Beteiligung an einer grundstücksverwaltenden GbR. Mit ihrer Gewerbesteuererklärung machte sie die erweiterte Gewerbesteuerkürzung geltend. Das Finanzamt gewährte diese jedoch nicht, da es die Auffassung vertrat, die Gesellschaft habe keinen „eigenen Grundbesitz“ verwaltet.

Grundsätzlich wird die Summe des Gewinns und der Hinzurechnungen um 1,2 % des Einheitswerts des zum Betriebsvermögen des Unternehmers gehörenden Grundbesitzes gekürzt. Bei Unternehmen, die ausschließlich eigenen Grundbesitz oder daneben eigenes Kapitalvermögen verwalten, tritt stattdessen auf Antrag eine sog. erweiterte Kürzung um den Teil des Gewerbeertrags, der auf die Verwaltung und Nutzung des eigenen Grundbesitzes entfällt.

Nach Auffassung des Bundesfinanzhofs ist unter „eigenem Grundbesitz“ der zum Betriebsvermögen des Unternehmers gehörende

Grundbesitz zu verstehen. Demnach verwaltet und nutzt die GmbH & Co. KG ausschließlich eigenen Grundbesitz auch dann, wenn eine Beteiligung an einer grundstücksverwaltenden nicht gewerblich geprägten Personengesellschaft (hier: GbR) gehalten wird. Denn der zivilrechtlich im Eigentum der GbR stehende Grundbesitz ist ihrer Gesellschafterin, der GmbH & Co. KG, anteilig als deren Betriebsvermögen zuzurechnen.

Hinweis: Das Urteil lässt offen, ob dies auch dann gilt, wenn der Grundbesitz mittelbar über eine grundstücksverwaltende gewerblich geprägte Personengesellschaft gehalten wird.

Gewerbsteuerrechtliche Hinzurechnung der Schuldzinsen bei Cash-Pooling

Eine ausnahmsweise zulässige Saldierung von Zinsaufwendungen bei wechselseitig gewährten Darlehn gilt bei der Ermittlung des Gewerbesteuermessbetrags auch für Darlehn innerhalb eines Cash-Pools.

Dem Gewinn aus Gewerbebetrieb wird ein Viertel der Summe aus Entgelten für Schulden wieder hinzugerechnet, soweit sie den Gewinn gemindert haben und soweit die Summe der gesamten Hinzurechnungen den Betrag von 100.000 € übersteigt. Die Saldierung von Schuld- und Guthabenzinsen ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Ausnahmsweise sind aber mehrere Verbindlichkeiten als eine einheitliche Schuld zu beurteilen, wenn die einzelnen Schuldverhältnisse wirtschaftlich zusammenhängen. Der Zweck der gewerbsteuerrechtlichen Hinzurechnungsvorschrift liegt darin, den Ertrag des betrieblichen Kapitals in vollem Umfang der Gewerbesteuer zu unterwerfen und damit eine Gleichstellung von Erträgen aus eigen- und fremdfinanziertem Kapital herbeizuführen.

Eine Saldierung bei wechselseitig gewährten Darlehn ist für Darlehn innerhalb eines Cash-Pools möglich. Entscheidend ist dabei, dass die Darlehn gleichartig sind, denselben Zweck haben und auch regelmäßig tatsächlich miteinander verrechnet werden.

(Quelle: Urteil des Bundesfinanzhofs).

Mehrfache Korrektur zur Rückgängigmachung eines Investitionsabzugsbetrags

Ein Unternehmer hatte mit seiner Einkommensteuererklärung 2009 einen Investitionsabzugsbetrag für geplante Investitionen in Höhe von 15.800 € geltend gemacht. Die Veranlagung erfolgte antragsgemäß. Im Zuge der Einkommensteuererklärung 2012 teilte der Unternehmer dem Finanzamt mit, dass er die Investitionen nicht vorgenommen habe.

Anstatt das zu versteuernde Einkommen - ausweislich der Unterlagen - wie beabsichtigt rückwirkend um 15.800 € zu erhöhen, nahm das Finanzamt für 2009 eine Verringerung des Einkommens um 14.200 € vor. Als der Fehler im Jahr 2017 auffiel, erhöhte das Finanzamt das Einkommen um 30.000 € (15.800 € + 14.200 €). Der Unternehmer vertrat der Auffassung, die Festsetzungsfrist sei bereits abgelaufen und daher keine Änderung mehr möglich.

Das sah das Finanzgericht Köln teilweise anders und entschied, dass das Finanzamt zu einer Gewinnerhöhung um 15.800 € aufgrund einer besonderen gesetzlichen Vorschrift berechtigt gewesen sei. Bezüglich einer weiteren Erhöhung um 14.200 € mangle es hingegen an einer Rechtsgrundlage für die Änderung. Der Bundesfinanzhof muss abschließend entscheiden.

Steuerschuld und Rechnungsberichtigung bei unrichtigem Steuerausweis in Rechnung an Nichtunternehmer

Hat ein Unternehmer in einer Rechnung für eine Lieferung oder sonstige Leistung einen höheren Steuerbetrag ausgewiesen, als er gesetzlich für diesen Umsatz schuldet (unrichtiger Steuerausweis), schuldet er auch den Mehrbetrag. Dies gilt auch bei einer Rechnungserteilung an Nichtunternehmer, so der Bundesfinanzhof.

Im entschiedenen Fall erbrachte ein gemeinnütziger Verein im Zusammenhang mit seinem steuerbegünstigten Satzungszweck der Verbraucherberatung auch Leistungen gegen gesondertes Entgelt bei der Beratung einzelner Verbraucher. Nach einer Mitteilung des Finanzamts erteilte der Verein für die entgeltliche Einzelberatung - entgegen seiner Auffassung, dass die Leistungen gesetzlich einer Steuerermäßigung unterliegen - Rechnungen mit gesondertem Steuerausweis auf der Grundlage des Regelsteuersatzes. Gegen den entsprechenden Umsatzsteuerbescheid legte er Einspruch ein.

Das Gericht entschied, dass auch im Fall von Rechnungen an Nichtunternehmer, die zwar grundsätzlich nicht zu einem Vorsteuerabzug führen können, stets eine Rechnungsberichtigung erforderlich ist. So könne sich auch hier eine Gefährdung des Steueraufkommens ergeben, wenn der als „Verbraucher“ handelnde Rechnungsempfänger ggf. in anderer Hinsicht, z. B. als Vermieter oder Betreiber einer Photovoltaikanlage oder als eBay-Verkäufer umsatzsteuerrechtlich Unternehmer ist.

Abschluss von Darlehnsverträgen ist umsatzsteuerfrei

Die Übernahme von Verbindlichkeiten, Bürgschaften und ähnlichen Sicherheiten sowie deren Vermittlung ist umsatzsteuerfrei, wenn es sich dabei um eine Finanzdienstleistung handelt.

Das Finanzgericht Münster hat entschieden, dass eine vom Darlehnsgeber an den Darlehnsnehmer für den Abschluss eines Darlehnsvertrags gezahlte Gebühr (Agio) umsatzsteuerfrei sei. Das Gericht legte die unionsrechtliche Vorschrift eng aus und definiert die danach steuerfreien Umsätze durch die Art der erbrachten Dienstleistungen. Wer Erbringer oder Empfänger der Leistung sei, sei für die Frage der Steuerbefreiung nicht von entscheidender Bedeutung.

Hinweis: Das Urteil ist nicht nur wichtig für Geldinstitute. Jeder am Geld- oder Kapitalverkehr Tätige kann bei entsprechenden Leistungen die Steuerbefreiung beanspruchen.

Abwechslungsreiche Bergerlebnisse

Die Zugspitze bietet Weitblicke für einen erweiterten Horizont

Zu Fuß dauert es viele schweißtreibende und - je nach Route - auch schwindelerregende Stunden, bis man von Garmisch-Partenkirchen aus auf der obersten Etage von Deutschland ankommt. Schneller und rollstuhlgerecht hinauf geht es mit der neuen Seilbahn Zugspitze, die auf ihrer zehnmütigen Fahrt den weltweit größten Gesamthöhenunterschied von 1.945 Metern in einer Sektion überwindet. Die neue Seilbahn hält seit ihrer Eröffnung im Jahr 2017 aber noch zwei weitere Weltrekorde: Sie verfügt über das weltweit längste freie Spannfeld mit 3.213 Metern und über nur eine einzige Stahlbaustütze, die mit 127 Metern die weltweit höchste ihrer Art ist. Aufregend ist die Fahrt mit der rundum bodentief verglasten Kabine aber auch aufgrund der Weit- und Tiefblicke, etwa auf den karibisch anmutenden Eibsee mit seinen Inseln.



Foto: djd/Bayerische Zugspitzbahn Bergbahn AG/fendstudios.com

Mit der neuen Seilbahn Zugspitze geht es in rekordverdächtigen zehn Minuten in die oberste Etage Deutschlands

Mit Minibob und Gletscherguide

Oben angekommen erweitert sich das Panorama bei schönem Wetter auf einen 360-Grad-Blick über 400 Alpengipfel in vier Ländern. Mit der Gletscherbahn gelangt man hinunter aufs Zugspitzplatt, wo Minibobs zur kostenlosen Ausleihe bereitstehen. Praktisch, denn hier kann man auch mitten im Sommer auf Naturschnee rodeln. Wer dem ewigen Eis noch näher kommen möchte, wandert mit einem fachkundigen Gletscherguide zum Rand des nördlichen Schneeferners. Die rund 45-minütigen Touren starten bei schönem Wetter um 11 Uhr und um 13.30 Uhr. Zum kostenlosen Service der Zugspitzbahn gehören auch Führungen durch die neue Bergstation. Täglich um 9.45 Uhr und 15.00 Uhr beantworten Experten unter anderem Fragen zur Seilbahntechnik. Unter www.zugspitze.de gibt es weitere Tipps, Termine und Inspirationen rund um die Erlebniswelt Gletscher im Sommer.



Foto: djd/Bayerische Zugspitzbahn Bergbahn AG/fendstudios.com

Mit dem Gletscherguide erfahren Naturfreunde Wissenswertes über die hochalpine Berglandschaft der Zugspitze

Kulinarische Panoramablicke

Wer sich satt gesehen hat, kann im Gipfelrestaurant „Panorama 2962“ seinen Hunger und Durst stillen. Denn Höhenluft macht auf jeden Fall Appetit und sorgt auch dafür, dass Nudeln hier oben zwei Minuten länger kochen müssen als im Tal. Die Köche wissen

das und bereiten die alpenländischen Spezialitäten aus überwiegend regionalen Zutaten garantiert frisch und auf den Punkt zu. Für Abwechslung ist auch beim Ausblick in den verschiedenen Sitzbereichen gesorgt. So können die Besucher entscheiden, ob sie lieber den Bergsteigern beim Endspurt zum Gipfel zusehen oder den Blick hinunter

zum Eibsee Richtung München beziehungsweise auf den Gletscher werfen möchten. Apropos Abwechslung: Für den Weg zurück ins Tal empfiehlt es sich, mit der Zahnradbahn zum Eibsee, nach Grainau oder nach Garmisch-Partenkirchen zu fahren. Diese „Rundreise“ ist ebenso im Zugspitze-Ticket inbegriffen. (djd) ■

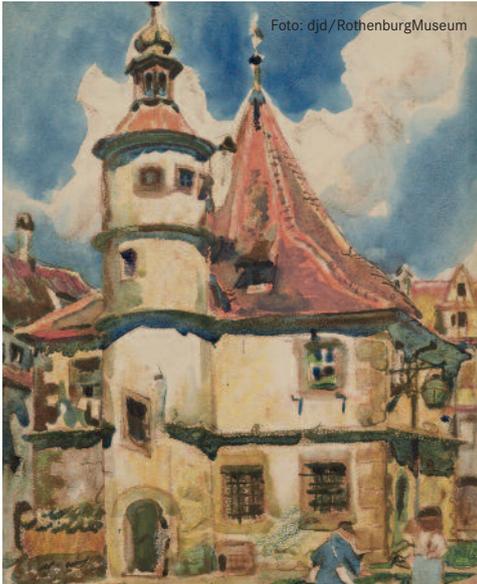


Foto: djd/RothenburgMuseum

Monnickendams Gemälde zeigen die malerischen Winkel und Plätze Rothenburgs

Die Gemälde Monnickendams sind detailverliebt



Foto: djd/RothenburgMuseum

Pittoresk, pointiert und farbenfroh

Eine Monnickendam-Ausstellung zeigt die malerischen Seiten Rothenburgs

Vincent van Gogh oder Rembrandt – die Namen dieser niederländischen Maler sind auch weniger Kunstintendierten ein Begriff. Und einige ihrer Gemälde sind sogar so bekannt, dass sie als Kunstdrucke, gerahmte Wandbilder oder Leinwandbilder das private Heim zieren. Doch auch ein Blick in die erweiterte Riege niederländischer Künstler kann spannend sein. Hier trifft man zum Beispiel auf die feurigen Farbtöne eines Martin Monnickendam (1874-1943), der gleich nach seinen berühmten Landsmännern zu nennen ist.

Ein vielseitiger und geschätzter Künstler

Der gebürtige Amsterdamer war zu Lebenszeiten in seiner Heimat ein bekannter und geschätzter Künstler und wurde mehrfach mit wichtigen Preisen ausgezeichnet. Einer konkreten Schule lassen sich seine Bilder nicht zuordnen, erkennbar sind Bezüge zum Jugendstil, aber auch zum Impressionismus und Expressionismus. Oft interessierte er sich für ein besonderes Detail, etwas, was auf der Straße seine Aufmerksamkeit auf sich zog. Das zeigt sich auch in den Zeichnungen von Rothenburg

ob der Tauber, die er auf seiner Deutschlandreise 1922 machte. Er verewigte das pittoreske Städtchen und die umgebende Landschaft auf Aquarellen, Pastellen, Bleistift- und Tuschezeichnungen. Interessierte können sich die 46 Kunstwerke vom 14. April bis 15. September 2019 im „Rothen-

burgMuseum“ anschauen. Die Werke zeigen unter anderem einen romantischen Blick über das Taubertal auf den Landschaftsgarten an der Kobolzheimer Kirche oder die anheimelnde Atmosphäre am St. Georgsbrunnen am Marktplatz. Weitere Informationen rund um die Ausstellung gibt es unter www.rothenburgmuseum.de.



Foto: djd/RothenburgMuseum

Anheimelnd wirkt der St. Georgsbrunnen am Marktplatz in Rothenburg

Szenen aus dem jüdischen Leben

Die Sonderausstellung wird ergänzt durch 22 Ölgemälde - Leihgaben aus dem Rijksmuseum Amsterdam und dem Jüdisch-Historischen Museum Amsterdam. Hier finden sich Motive aus dem Alltag in der Heimat des Künstlers und Bezüge zum jüdischen Leben, das er in zahlreichen Szenen festhielt. Als Sohn einer jüdischen Familie wurde seine künstlerische Wirkung durch die Besetzung der Niederlande in den 1940er-Jahren und die Stigmatisierung der Nationalsozialisten auch langfristig beschädigt. Monnickendam überlebte die NS-Verfolgung und starb 1943 an einer Lungenentzündung. Die Ausstellung soll dazu beitragen, die Bedeutung des Ausnahmemalers einer breiten Öffentlichkeit näherzubringen. (djd) ■

Hier fängt Ihr Urlaub an!

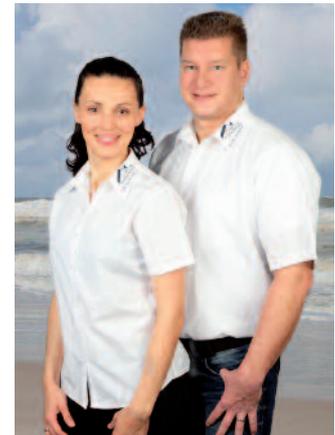
Erlieben Sie einen unvergesslichen Urlaub in einer unserer Ferienwohnungen oder Ferienhäuser in Norden - Norddeich. Unsere Objekte sind insgesamt sehr zentral gelegen und nur wenige Minuten vom Strand und dem Deich entfernt.

Wir sind überzeugt, dass unsere hochwertigen Ferienhäuser & Ferienwohnungen auf Ihr Interesse stoßen und Ihre Zustimmung finden werden. Hier finden Sie auch Informationen rund um die Küstenregion Ostfriesland und um die Stadt Norden sowie über das Nordseeheilbad Norddeich direkt an der Nordseeküste.

Für einen gelungenen Urlaub ist aber nicht nur der Urlaubsort ausschlaggebend, sondern vor allem das Ferienhaus oder die Ferienwohnung.

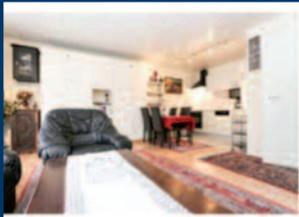
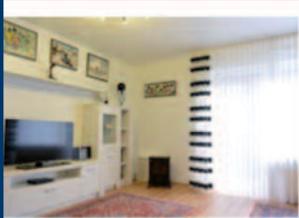
Wir bieten als etablierte und kompetente Vermietagentur Wohlfühlquartiere - und das im besten Sinne des Wortes.

Um diesem hohen Anspruch gerecht zu werden, sind unsere Ferienimmobilien in zentraler und dennoch ruhiger Lage angesiedelt und verfügen über eine überdurchschnittliche komfortable Ausstattung. Das Meer, der Hafengebiete, der Strand sowie das Zentrum von Norddeich sind bei fast allen Objekten bequem fußläufig erreichbar.



Raluca und Christian Kuhlmann

Unser Portfolio umfasst über 100 Ferienobjekte. Hier eine kleine Auswahl:

	<p>max. 2 Pers. , 1 Schlafz. 4 Sterne ab 54,00 EUR / Nacht</p>	<p>Ferienwohnung Anita I Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 4 Sternen</p> 
	<p>max. 2 Pers. , 1 Schlafz. 4 Sterne ab 48,00 EUR / Nacht</p>	<p>Ferienwohnung Anita II Obergeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 4 Sternen</p> 
	<p>max. 4 Pers. , 2 Schlafz. 5 Sterne ab 60,00 EUR / Nacht</p>	<p>Ferienwohnung Anita III Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen,</p> 
	<p>max. 4 Pers. , 2 Schlafz. 5 Sterne ab 60,00 EUR / Nacht</p>	<p>Ferienwohnung Anita IV Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen</p> 

Alle Objekte unter www.vermietung-norddeich.de

Unser Kontaktdaten

Christian Kuhlmann
Am Markt 2, 26506 Norden
Telefon: 04931 - 8 20 40 75, Telefax: 04931 - 8 20 40 78
Mobil: 0152/54 08 24 41, E-Mail: info@vermietung-norddeich.de

Unsere Bürozeiten

Montags bis Freitags 9:30 Uhr - 13:00 Uhr
Montags bis Freitags 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Samstag und Sonntags nur bedingt erreichbar
(An- & Abreisen)

Welche Medikamente dürfen mit auf Auslandsreise?

Für manche Arzneimittel sind spezielle Bescheinigungen erforderlich

Wenn einer eine Reise tut ... dann gehört sorgfältiges Packen zu den wichtigsten Vorbereitungen. Das beinhaltet in den meisten Fällen auch eine Reiseapotheke. Bestückt wird sie normalerweise mit den üblichen Schmerz- und Fiebermitteln, Verbandszeug, Insektenschutz und Präparaten gegen Magen-Darm-Probleme. „Solche Medikamente kann man in der Regel problemlos mit ins Ausland nehmen“, erklärt hierzu Linda-Apotheker Dr. Benjamin Lieske aus Castrop-Rauxel.

Vorsicht bei Betäubungsmitteln

Anders sehe es hingegen etwa mit Betäubungsmitteln, starken Schmerzmitteln, Ritalin und einigen wenigen Psychopharmaka aus, die missbräuchlich genutzt werden könnten - also alles, was auf gelben Rezepten verschrieben wird. „Hierfür sind ärztliche Bescheinigungen gefragt“, so der Experte. Das gelte auch für den Schengenraum. Die Bescheinigungen sollten am besten auf Englisch formuliert sein. Wer unter einer chronischen Krankheit wie Diabetes, Multiple Sklerose oder Osteoporose leidet, bekommt häufig Medikamente in Spritzenform verord-

net. Hierfür empfiehlt Dr. Lieske ebenfalls, Bescheinigungen mitzuführen. Ganz genau informieren sollten sich Reisende, die es an exotischere Orte wie Singapur, Dubai, Thailand, Saudi-Arabien oder auch in die USA zieht. „Dort gelten oft andere Bestimmungen“, so der Fachmann. Dann können im Ernstfall nicht nur die Medikamente weg sein, sondern sogar Strafen drohen. Alles Wissenswerte gebe es über das Aus-

wärtige Amt und dessen App „Sicher reisen“.

Individuelle Reiseapotheke

Grundsätzlich ist es sinnvoll, sich bezüglich seiner Reiseapotheke individuell beraten zu lassen. Denn für den Strandurlaub in Spanien werden natürlich andere Arzneimittel benötigt als für eine Rucksacktour durch Thailand. In einer gut informierten Apotheke - zu finden etwa im Apotheken-Finder un-

ter www.linda.de oder mit der Linda Apotheken App - erhält man hierzu die nötigen Hinweise. Unterwegs ist es angeraten, die Medikamente in der Originalverpackung zu transportieren. „Im Flugzeug sollte man sie im Handgepäck mit sich führen, da es im Transportraum zu kalt wird“, ergänzt Dr. Lieske. Und bei flüssigen Präparaten gilt es, die vorgeschriebenen Mengengrenzen einzuhalten. (djd) ■



Foto: djd/Linda AG/ Getty Images/Imgorthand

Bevor es auf große Reise geht, ist eine Beratung in der Apotheke empfehlenswert



Foto: djd/Linda AG/Getty Images/Imgorthand

Unbeschwerter Ferienspaß für Jung und Alt - mit einer gut bestückten Reiseapotheke ist man dafür bestens gewappnet

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband
Hrsgs: Bundesverband der Selbständigen - Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggmann, Anita Schäfer
Layout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: J. Schäfer, Rita Seiler,
Titelfoto: Wirtschaftsforum der SPD e.V./
Marco Urban

Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin
Bezugsbedingungen:
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.

© by: Bundesverband der Selbständigen
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.
Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:
Bundesverband der Selbständigen -
Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de
Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.



Ihr Partner

für deutschlandweite Übernachtungen, Veranstaltungen und mehr

kundenorientiert | zuverlässig | partnerschaftlich | kreativ



Attraktive Firmenkonditionen für die Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e.V.

Ihre Vorteile

- Sie haben einen zentralen Ansprechpartner für alle Maritim Hotels.
- Wir nehmen Ihre Anfrage auf und fragen die Kapazitäten in den gewünschten Hotels für Sie ab, dadurch sparen Sie Zeit und Kosten.
- Wir erstellen zielorientierte, transparente Angebote und Verträge für Sie.
- Wir unterstützen Sie bei der Planung und Organisation Ihrer Veranstaltung inklusive Locationsuche, innovativer Caterings und begleitender Rahmenprogramme.
- Bei Bedarf entwickeln wir individuelle Incentives/ Motivationsprogramme im In- und Ausland für Sie.

Ihre persönliche Ansprechpartnerin:

Sabine Fiebich Verkaufsassistentin

Maritim Hotel Gelsenkirchen
Am Stadtgarten 1
45879 Gelsenkirchen
Telefon 0209 176-1701
sfiebich.vkd@maritim.de

Betriebsstätte der Maritim Hotelgesellschaft mbH
Herforder Straße 2 · 32105 Bad Salzuflen

Mit dem Buchungscode BVMU99 erhalten Sie

- 12 % Rabatt auf alle tagesaktuellen Übernachtungspreise (Tagespreis und Frühbucherpreis) – immer und zu jeder Zeit (gültig für Einzelreisende bis neun Personen, ausgenommen Hotels mit fest vereinbarten Raten).
- ein kostenfreies Upgrade in die nächst höhere Zimmerkategorie inklusive VIP-Treatment für den Referenten, den Vorstand und die Geschäftsführung.
- feste Firmen-Sonderraten im Maritim proArte Hotel Berlin.

Ihre Firmen-Sonderraten 2018

Preise pro Zimmer und Tag exklusive Frühstücksbuffet¹.

Maritim Hotels	Zimmerkategorien					
	Classic		Comfort		Superior	
	EZ	DZ	EZ	DZ	EZ	DZ
Berlin proArte ^{2,3}	104 €	119 €	114 €	129 €	144 €	159 €

¹ Teilnahme am reichhaltigen Maritim Frühstücksbuffet pro Person/Tag: 24 €.

² Die Raten der Superior Kategorie beinhalten die Nutzung der Lounge. Hier stehen ab 6.30 Uhr Frühstück und den gesamten Tag Snacks, Getränke, Kaffee, Tee und andere Annehmlichkeiten zur Verfügung.

³ Ggf. zzgl. lokaler Abgaben auf die Beherbergung.

